

II-2974 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1487/J

1985 -07- 0 1

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Ermacora
und Kollegen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend das Verhalten des Bundesministers für Landesver-
teidigung zu rufschädigenden Anschuldigungen der "Arbeiter-
Zeitung" gegen Beamte seines Ressorts

Die sozialistische "Arbeiter-Zeitung" berichtet auf Seite 2
ihrer Ausgabe vom 26.6.1985 unter dem Titel "Ein Schundheft
gegen 'Spion' Heinz Fischer" über einen Artikel im Nachrichten-
magazin "Profil" vom 24.6.1985, welcher sich mit der 122-seitigen
Studie "Friedensbewegung in Österreich im Spannungsfeld marxis-
tischer und machtpolitischer Interessen" eines unbekannten
Autors befaßte.

Die "Arbeiter-Zeitung" qualifiziert diese der SPÖ unbequeme,
weil u.a. "dubiose Ostkontakte und Verknüpfungen zwischen
Marxisten in der SPÖ und der Gruppe Revolutionärer Marxisten"
("Profil") behauptende Studie als "Schundheft", "Unsinnigkeit"
u.dgl. ab und schließt ihren Artikel damit, "daß sich die
Indizien dafür verdichten, daß die Quelle für derlei Unrat
bei VP-nahen Kreisen im Heeresnachrichtenamt (HNA) zu finden
ist".

Ohne auf die im Zusammenhang mit dem der gegenständlichen
Anfrage zugrundeliegenden Anliegen nur zweitrangigen Proble-

matik eingehen zu wollen, ob die erwähnten Abqualifizierungen der genannte Studie berechtigt oder unberechtigt sind, steht doch fest, daß die zuletzt zitierte Passage des AZ-Artikels einen ungeheuerlichen, durch nichts untermauerten Vorwurf gegen das Heeresnachrichtenamt bzw. gegen in ihm tätige Beamte darstellt.

Da schon seit mehreren Monaten in verschiedenen Publikationsorganen (u.a. "Basta") immer wieder unsachliche Angriffe, verbunden mit haltlosen Behauptungen, gegen das Heeresnachrichtenamt bzw. deren Beamten öffentlich vorgetragen werden, gibt der AZ-Artikel vom 26.6.1985, in welchem sich nunmehr auch das Parteiblatt der großen Regierungspartei in unbewiesenen, den Ruf des Heeresnachrichtenamtes und seiner Bediensteten gefährdenden Unterstellungen ergeht, zu denken.

Zu denken gibt aber auch das Verhalten des zuständigen Bundesministers für Landesverteidigung, der schon den bisherigen Angriffen gegen einen Teil seiner Beamtenschaft mehr oder minder tatenlos zugesehen und sich zu einem wirklich massiven, sachlich gebotenen und öffentlichkeitswirksamen Einstehen für seine Beamten nicht aufgerafft hat. Angesichts dieser unverständlichen Zurückhaltung des Verteidigungsministers und der nunmehrigen neuerlichen haltlosen Anschuldigungen in der "Arbeiter-Zeitung" erscheint eine klare Aussage seinerseits, wie er zu diesen beinahe schon pamphletartigen Angriffen gegen seine Beamten steht, dringend geboten.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e:

- 1) Gibt es wirklich stichhältige Beweise für die in der "Arbeiter-Zeitung" vom 26.6.1985 aufgestellte Behauptung, die Quelle für die Studie "Friedensbewegung in Österreich im Spannungsfeld marxistischer und machtpolitischer Interessen" sei bei VP-nahen Kreisen im Heeresnachrichtenamt zu finden?
- 2) Wenn ja: Welche?
- 3) Wenn nein: Was werden Sie tun, um den durch diese haltlosen Anschuldigungen in der "Arbeiter-Zeitung" vom 26.6.1985 schwerst geschädigten Ruf eines Teiles der Beamenschaft des Heeresnachrichtenamtes öffentlich wiederherzustellen?
- 4) Haben Sie Erhebungen darüber anstellen lassen, von wem die schon seit vielen Monaten zu registrierenden unbewiesenen Anschuldigungen gegen das Heeresnachrichtenamt bzw. deren Beamten ausgehen und welchen Zweck sie verfolgen?
- 5) Wenn ja: Mit welchem Ergebnis?
- 6) Wenn nein: Sind Ihnen diese Anschuldigungen, mit denen Beamte Ihres Ressorts öffentlich diffamiert werden, gleichgültig?